

EXPEDITION INS REICH VON TTIP

Martinsfeld ist eine ganz normale deutsche Gemeinde mit rund 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Weder besonders wohlhabend noch besonders arm, mit einer klassischen Wirtschaftsstruktur: zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe, verarbeitende Industrie mit einer Belegschaft von weitgehend ungelerten Arbeitskräften sowie einer alleingesessenen Käserei, die den berühmten „Martinsfelder Handkäse“ herstellt.

Zu den öffentlichen Einrichtungen zählt ein Krankenhaus und ein Altenheim. Martinsfeld hat keine besonderen Sehenswürdigkeiten und liegt nicht im direkten Einzugsbereich einer großen Metropole. Immerhin gibt es auf dem Gemeindegrund ein nennenswertes Schiefergasvorkommen.

Diese Infografik zeigt die dramatischen Folgen, die CETA, TiSA und TTIP für Martinsfeld, seine Einwohner_innen sowie die Umwelt haben werden. Unser Blick in die Zukunft stützt sich auf Tatsachen: Texte aus den Verhandlungen, die bereits an die Öffentlichkeit gelangt sind, bereits abgeschlossene Handelsverträge, Schiedssprüche, wie sie von den verschiedenen privaten Schiedsgerichten gefällt wurden, sowie die bekannten Forderungen großer Industriekonzerne und deren Lobbyisten.



GESUNDHEITSDIENSTE UNTER KONKURRENZDRUCK

Das Alten- und Pflegeheim „Abendsonne“ wurde privatisiert und wird nun von einer Tochter des amerikanischen Konzerns „EldersCare“ geleitet. Ein Teil des Pflegepersonals wurde entlassen. Die Mehrheit der Beschäftigten hat jetzt befristete Arbeitsverträge, viele davon in Teilzeit. Die Qualität der Pflege hat spürbar abgenommen.

ELDERSCARE

SALE INTERNATIONALE KONZERNE NUTZEN ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNGEN

Die Gemeinde Martinsfeld ist verpflichtet, bei all ihren Auftragsvergaben vorrangig das billigste Angebot zu wählen. Sie kann deshalb soziale Kriterien und den Umweltschutz nur schwer berücksichtigen. Dafür haben von nun an amerikanische Firmen unbeschränkten Zugang zu öffentlichen Aufträgen. Diese Konkurrenz schwächt regionale Unternehmen. Fünf Jahre nach Abschluss von TTIP müssen viele ortsansässige Firmen Personal entlassen oder ganz schließen.

DER PHARMA-MARKT

Das Martinsfelder Kreis Krankenhaus muss Kostensteigerungen von 50% für den Kauf von Medikamenten bewältigen. Der Grund: Dank TTIP können US-amerikanische Firmen ihre Preise kräftig erhöhen. Denn die Laufzeit von Patenten in ihrem Besitz wurde durch das Abkommen erheblich verlängert. Dadurch wurde die Einführung von preiswerten Generika verzögert.

PREKÄRER ARBEITSMARKT

Eine neue Firma für Tiefkühlkost mit weltweitem Vertrieb hat sich in Martinsfeld niedergelassen: Es entstehen 90 neue Arbeitsplätze, 20 davon in Vollzeit, 70 in Teilzeit. Aber die Arbeitsplatzverluste durch die Kürzungen im Krankenhaus, dem Verschwinden von Bauernhöfen und den Problemen der Käserei sowie der Konkurs mehrerer kleiner lokaler Firmen haben in 10 Jahren zu einem Verlust von 100 Arbeitsplätzen geführt. Das Ergebnis: Martinsfeld hat 10 Arbeitslose mehr. Siehe auch: TTIP-Faktencheck.

WACHSENDER VERKEHRSDRUCK

Durch den Wegfall wohnortnaher Arbeitsplätze bei kleinen Unternehmen, in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich müssen mehr und mehr Martinsfelderinnen und Martinsfelder in die benachbarten Großstädte zur Arbeit fahren. Mit dem steigenden Autoverkehr in der Region wächst auch die Belastung durch Feinstaub. Staus gehören seitdem zur alltäglichen Fahrt zur Arbeit.

FRACKING SCHULBUSSE WEITER MIT FOSSILEN BRENNSTOFFEN

Die Gemeinde Martinsfeld ist Vorreiterin einer „neuen Energiepolitik“: Die Schulbusse werden zukünftig mit importiertem Schiefergas aus den USA betrieben. Das durch Fracking geförderte Gas belastet die Umwelt nachhaltig.

STREIT MIT INVESTOREN

In Martinsfeld wurde ein Schiefergaslager entdeckt. Aus Gründen des Klimaschutzes hatte die Gemeinde ein Verbot von weiteren Probebohrungen ausgesprochen. Nun erhebt der US-Konzern „Fossilgood“, der sich in Deutschland niedergelassen hatte, um hier Fracking-Gas zu fördern, unter Berufung auf den Investorenschutz in TTIP eine Klage gegen die Bundesregierung. Um den kolossalen Entschädigungszahlungen zu entgehen, haben die Kreisbehörden die Gemeinde gezwungen, den Verbotsschluss aufzuheben. Seit sechs Monaten darf Fossilgood auf dem Gebiet der Gemeinde neue Probebohrungen durchführen.

TRADITIONSPRODUKTE VERRAMSCHT

Die Martinsfelder_innen sind stolz auf den nach einem uraltem Rezept hergestellten Martinsfelder Handkäse. Die örtliche Käserei leidet jetzt unter der Konkurrenz eines US-Betriebs aus Montana, der in Massenproduktion einen „Martinsfelder Handkäse“ vertreibt. Leider konnte sich die EU-Kommission in den TTIP-Verhandlungen nicht durchsetzen, deshalb gehört „Martinsfelder Handkäse“ nicht zu den „geschützten Herkunftsbezeichnungen“. Seitdem darf der Produzent von jedem benutzt werden, ohne sich an das Traditionsrezept zu halten. Die örtliche Käserei steht vor der Schließung.

HERKUNFT UND QUALITÄT DER LEBENSMITTEL

Die Martinsfelder Bevölkerung hat keinen Zugang mehr zu Informationen über die Herkunft und die Herstellung der Waren. Genetisch veränderte Organismen, hormonbehandelte Rinder, mit Säure behandelte Hühnerchen? Tatsächlich wurden die europäischen Standards dank der „regulatorischen Kooperation“ gesenkt. Die neuen Produkte, die den Martinsfelder Wochenmarkt überschwemmen, haben einen erstaunlich niedrigen Preis. Kleine Produzenten haben es angesichts solcher Preise schwer, ihre Waren zu verkaufen, auch wenn sie von besserer Qualität sind.



GEN-SOJA



U.S.-BEEF

DASEINSVORSORGE PRIVATISIERT

In der Gemeindevertretung von Martinsfeld steht ein Beschluss zur Re-Kommunalisierung der Wasserversorgung an. In den letzten 18 Jahren war eine Privatfirma damit betraut. Der Wasserpreis war ständig gestiegen, außerdem wurden kürzlich hohe Nitratwerte festgestellt. Die Rechtsabteilung des zuständigen Regierungspräsidiums warnt: Wegen TTIP würde die Kündigung des Vertrags mit dem privaten Betreiber eine Klage vor einem Schiedsgericht nach sich ziehen. Der Beschluss im Gemeinderat wird daraufhin zurückgestellt.

Faktencheck: Nein, TTIP schafft keine neuen Arbeitsplätze!

Die Europäische Union verspricht ein Plus von 400 000 Arbeitsplätzen, gestützt auf die Analysen eines privaten Wirtschaftsinstituts („Centre for Economic Policy Research“). Dagegen schätzt eine Untersuchung der amerikanischen Tufts-Universität, dass das Abkommen der EU den Verlust von 600 000 Arbeitsplätzen bringt, davon alleine über 130 000 in Deutschland.

Quelle: Jeronim Capaldo, Oktober 2014

FAMILIENBETRIEBE UNTER DRUCK

Die milchwirtschaftlichen Bauernhöfe, die bisher für die Martinsfelder Käserei produzierten, müssen sich zusätzliche Abnehmer_innen suchen, um zu überleben. Dafür haben sie Lieferverträge mit dem multinationalen Konzern „Milkway“ abgeschlossen, der seitdem einen Großteil ihrer Milch übernimmt. Allerdings verlangt „Milkway“ die Durchsetzung von Maßnahmen zur Steigerung der Rentabilität: Fallende Milchpreise, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und sinkende Tiergesundheit sind die Folge.

VORSICHT SONDERMÜLL!

Die Tochterfirma „VOILA“ des Konzerns „US-Waste“ plant in Martinsfeld eine Sondermülldeponie. Die Prüfung des Antrags durch das Martinsfelder Umweltamt wird dadurch erschwert, dass die Firma unter Berufung auf durch TTIP garantierten Schutz ihrer Geschäftsgeheimnisse nur zögernd und unvollständig Auskunft über technische Details gibt. Anwälte des Unternehmens haben angedroht, eine Investorenschutzklage zu erheben, falls die Behörden die Genehmigung weiter verzögern.

MEHR CHEMIE

Die „Martinsfelder Futterwerke“ importieren seit kurzem Ractopamin, einen hormonbasierten Futterzusatz in der Schweine- und Rinderzucht, der in den USA gebräuchlich ist. Nach der unter TTIP praktizierten „Harmonisierung“ von Standards gestattet auch die EU die Verwendung des Wachstumshormons, das eine starke Erhöhung des Muskelwachstums der Schlachttiere bewirkt. Landwirte berichten über eine Zunahme von Herzinfarkten und Atembeschwerden bei den mit Ractopamin behandelten Schweinen.

Glossar

TTIP: Vertrag über die Einrichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership)

Öffentliche Aufträge: Aufträge des Staates oder anderer Gebietskörperschaften an die Privatwirtschaft, um eine öffentliche Dienstleistung erfüllen zu können.

Geschützte Herkunftsbezeichnungen: Innerhalb der EU ist z.B. die Nürnberger Rostbratwurst offiziell eine „geschützte geografische Angabe“. Unter diesem Namen dürfen demnach nur solche Würste verkauft werden, die mit ausgesuchten Zutaten und einer speziellen Methode in der Nürnberger Region hergestellt werden. Paul Ryan, dem jetzigen Sprecher des US-Repräsentantenhauses, ist dieser Schutz ein Dorn im Auge: „Wir in Wisconsin stellen seit Generationen Gouda her. Und wir werden Gouda auch noch in Generationen herstellen, genauso wie Feta und Cheddar und alles andere auch.“

Schiedsgerichte: Internationale Schiedsgerichte (ISDS oder ICS) dienen zur Klärung von Konflikten zwischen ausländischen Investoren und Staaten. Sie berechnen die Kosten für die Klärung und die Entscheidung. Sie berechnen die Kosten für die Klärung und die Entscheidung. Sie berechnen die Kosten für die Klärung und die Entscheidung.

Zölle: Steuern, die bei der Einfuhr bzw. Ausfuhr von Gütern erhoben werden. Die Zölle zwischen der EU und der USA sind im Durchschnitt bereits sehr niedrig. Bis sie durch TTIP aufgehoben werden, dienen sie u.a. dazu, bestimmte bedrohte Wirtschaftsbereiche vor der internationalen Konkurrenz zu schützen, zum Beispiel die einheimische Landwirtschaft.

Regulatorische Zusammenarbeit: Die Einsetzung eines Rates von nicht-gewählten Experten, die darüber wachen, dass zukünftige Gesetze die Liberalisierung des transatlantischen Freihandels nicht behindern. Industrielobbyisten erhalten privilegierten Zugang, was es ihnen erlaubt, Gesetzesvorhaben frühzeitig zu entschärfen oder gar zu stoppen.

TTIP-freie Zone: So nennen sich Gemeinden, Städte und Landkreise, die eine symbolische Resolution verabschieden und sich damit gegen die Geheimverhandlungen und die Umsetzung von TTIP aussprechen.

TTIP-Chronologie

8. Juli 2013
Beginn der Verhandlungen zwischen den USA und der EU über den Abschluss eines transatlantischen Handelsvertrags

11. September 2014
Die Europäische Kommission lehnt eine europäische Bürgerinitiative gegen TTIP ab. Über 500 Organisationen beginnen damit, eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) durchzuführen.

11. Oktober 2014
Hunderttausende Menschen in 22 Ländern beteiligen sich an Aktionen und Kundgebungen gegen TTIP.

24. März 2015
Als erste Millionenstadt Deutschlands erklärt sich die Stadt Köln per Ratsbeschluss zur TTIP-freien Zone.

6. Oktober 2015
Nach einem Jahr hat die EBI in den 28 Mitgliedsländern über 3,2 Mio. Unterschriften gegen TTIP gesammelt.

10.-17. Oktober 2015
Millionen Menschen nehmen an der weltweiten Aktionswoche gegen TTIP teil. Allein in Berlin demonstrieren 250.000 Menschen.

28. Oktober 2015
Deutschlandweit haben sich 300 Kommunen zu TTIP-freien Zonen erklärt, darunter 12 Landeshauptstädte.